

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. VIII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 221

Montag, den 21. September 1936

88. Jahrgang

Dämme gegen die rote Flut überall Abwehrmaßnahmen gegen Moskau

Hausdurchsuchungen bei belgischen Kommunisten

Auf Anweisung des belgischen Justizministers nahm die Staatsanwaltschaft in Brüssel, im Gebiet von Dornage und im Lütticher Bezirk umfassende Hausdurchsuchungen bei Kommunisten und Anhängern der Trozki-Partei vor. Bis jetzt sollen mehr als 100 Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Zahlreiche belastende Schriftstücke und auch Waffen wurden beschlagnahmt.

In Charleroi hat die Polizei Listen beschlagnahmt, in denen alle Unterkunftsräume der bei den Linksevolutionären besonders verhassten staatlichen Gendarmen und die wichtigsten öffentlichen Gebäude verzeichnet waren. Andere Listen enthielten die Namen von Polizeibehörden mit Adressen sowie die Anschriften von Gegnern der revolutionären Bewegung.

Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte auch die Karte, die ein Waffenkäufer der Madrider Regierung in Belgien verloren hatte. Aus den Schriftstücken, die die Karte enthielt, geht hervor, daß sich die marxistische spanische Regierung bei ihren Waffenkaufversuchen bekannter Persönlichkeiten der belgischen Sozialistischen Partei bedient.

Große portugiesische Arbeiterkundgebung

In Oporto veranstalteten etwa 20 000 Arbeiter aus den nordportugiesischen Provinzen im Zuge der großen Aktion gegen den Kommunismus einen Aufmarsch. Anschließend fand im Kristallpalast eine Kundgebung statt, auf der der Staatssekretär für die Korporationen im Namen der nationalen Gewerkschaften sprach. Er wies auf die ungeheuren Gefahren des Kommunismus für alle Völker hin, für die Spanien eine Warnung sein soll. Ein Abgeordneter verglich die innerpolitische Lage der bolschewistisch-marxistisch geführten Staaten mit Deutschland, das der ruhende Pol sei.

„In Deutschland“, so erklärte der Abgeordnete wörtlich, „ist jeder einzelne Arbeiter ein überzeugter und begeisteter Kämpfer für die Nation. Deshalb ist das Deutschland Adolf Hitlers das Land der Freude, des Glücks und der Zufriedenheit.“ Auch in Portugal, so sagte der Redner weiter, müßten auch dem letzten Arbeiter die Augen aufgehen, wo die Volksbetörer zu suchen seien.

Ganz Portugal sei sich einig in der Abwehr aller Staatszerstörer und stehe treu zur Regierung Salazar. Portugal wünsche keine überische Sowjetrepublik, sondern seine Unabhängigkeit und nationale Freiheit.

Zahlreiche Verhaftungen im Lande Salzburg

Der österreichischen Politischen Polizei ist ein großer Schlag gelungen. Nach langwierigen Erhebungen und nach Beobachtung der kommunistischen Propagandatätigkeit im Lande Salzburg griffen die Behörden überraschend zu, und es gelang ihnen, den größten Teil der illegalen kommunistischen und revolutionär-sozialistischen Organisationen in den Salzburger Landbezirken Pongau, Pinzgau und Flachgau aufzudecken.

Zahlreiche Leiter der einzelnen Untergruppen wurden verhaftet. In der Stadt Salzburg selbst wurde die gesamte Landesleitung der Roten festgenommen. Vier Verhaftete haben bereits umfangreiche Geständnisse abgelegt. Im Zusammenhang mit den Salzburger Verhaftungen wurden in der Nähe Wiens und im nördlichen Niederösterreich führende Kommunisten festgenommen und umfangreiches schwerbelastendes Material sichergestellt.

Griechisches Gesetz gegen den Kommunismus

Ein im griechischen Staatsanzeiger veröffentlichtes neues Gesetz gegen den Kommunismus sieht u. a. Gefängnisstrafen von mindestens drei Monaten und Landesverweisung für die Dauer von sechs Monaten bis zwei Jahren gegen denjenigen vor, der es unternimmt, Gedanken, Gänge und Methoden zu verbreiten, die auf einen Um-

sturz der sozialen Ordnung abzielen. Anstiftung zum Streit wird ebenfalls bestraft.

Herausgeber und Buchhändler müssen alle Werke, deren Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen, innerhalb von 20 Tagen abliefern. Dem Wortlaut des Gesetzes geht eine längere Schilderung der verbrecherischen Tätigkeit des Kommunismus voraus, gegen den in Griechenland erstmalig im Jahre 1929 Maßnahmen ergriffen wurden, die jedoch unzureichend und ungerichtet waren, da sie Strafen gegen die Anhänger des Kommunismus vorsahen, während sie den leitenden Individuen jede Handlungsfreiheit ließen. Da es sich bei dem Kommunismus um eine verbrecherische revolutionäre Organisation handele, seien die durch die Verhältnisse gebotenen strengen Maßnahmen gegen ihn ergriffen worden.

Antrag auf Verbot in der Schweiz

Der schweizerische Bundesrat Mury, der dem neuen Nationalrat als Mitglied der katholisch-konservativen Partei angehört, hat den Antrag gestellt, daß die kommunistischen Organisationen und die kommunistische Tätigkeit in der Schweiz zu verbieten seien. Der Bundes-

rat hat sich bereits mit dieser Angelegenheit befaßt. Ueber seine Besprechungen wird jedoch nichts bekanntgegeben. Die Anregung von Bundesrat Mury ist von einigen freisinnigen Nationalräten und Mitgliedern der Bauernpartei unterzeichnet.

Die Bauarbeiten in Singapur lahmgelegt

Auch in Indien breitet sich die zersetzende kommunistische Propaganda immer mehr aus, so daß man sich im indischen Staatsrat mit dem Gedanken trägt, anlässlich der Einführung der neuen Verfassung zu Beginn des nächsten Jahres direkte Maßnahmen gegen den Kommunismus zu ergreifen. Besondere Beunruhigung erregt in englischen Kreisen der von kommunistischen Hezern angezettelte Streit der Bauarbeiter in dem Kriegshafen Singapur. Die Arbeiten an den neuen Verteidigungsanlagen sind infolgedessen völlig stillgelegt. In Singapur selbst streikten etwa 1000 Bauarbeiter, die mit der Anlage der neuen Befestigungen beschäftigt waren. 2000 weitere Arbeiter haben in Seletar, dem Stützpunkt der britischen Luftstreitkräfte, die Arbeit niedergelegt.

Auf den Trümmern des Alkazars

Der rote Angriff wird fortgesetzt

Der Sonderberichterstatter des „Paris Soir“ in Toledo meldet, daß die am Freitag durchgeführte Minensprengung am Alkazar der Verteidigern nur geringe Verluste zugefügt habe. Seit Sonnabend früh werde der Alkazar unaufhörlich durch Artillerie beschossen und von Fliegern mit Bomben belegt. Den im Alkazar eingeschlossenen rund 1500 Nationalisten (Frauen und Kinder eingerechnet) stehen 7000 Marxisten gegenüber. Wiederholte Sturmangriffe der roten Miliz sind abge schlagen worden.

Der Sonderberichterstatter des Lissaboner „Seculo“ meldet aus Valladolid, daß die nationalistischen Truppen 18 Kilometer vor Toledo stehen. Der Berichterstatter teilt weiter mit, daß Oberstleutnant Mella, der Kommandeur der im Vormarsch auf Toledo befindlichen Truppen, sowjetrussisches Geld gezeitigt habe, das bei toten und gefangenen Angehörigen der Roten Miliz gefunden worden sei. Mella habe erklärt, es sei erwiesen, daß zwei Milizabteilungen von Sowjetrussen geführt würden. Eine andere Gruppe stehe unter dem Kommando eines Franzosen.

Zu den erfolgreichen Kämpfen der nationalistischen Truppen bei Talavera wird ergänzend gemeldet, daß die Roten alle entbehrlichen Streitkräfte von anderen Fronten herangezogen hätten. Die Verluste der nationalistischen Truppen seien infolge der unvergleichlich besseren militärischen Führung wesentlich geringer, als die der Streitkräfte der Madrider Regierung. Unter dem zahlreichen Kriegsmaterial, das bei den letzten Kämpfen erbeutet wurde, befanden sich neben einem Luftabwehrgeschütz und sechs Maschinengewehren auch 45 000 Schußmunition mexikanischer Herkunft. Mit welcher Gewissenlosigkeit die roten Kommandostellen handeln, zeigt der Einsatz eines Frauenbataillons, das den spanischen Legionären und Eingeborenentruppen entgegen trat und völlig aufgerieben wurde.

Ultimatum der Anarchisten an Caballero

Nach in Paris vorliegenden Meldungen soll sich die Lage in Madrid weiter zuspitzen. Die Lebensmittel werden rationiert, Schützengräben werden in den Straßen ausgehoben und einzelne kleine Häuser in Festungen verwandelt.

Die Anarchisten haben an den Ministerpräsidenten Caballero ein Ultimatum gerichtet, die Regierung sofort in ein „Komitee des öffentlichen Bundes“ umzuwandeln.

Dieses Komitee soll die Banken sozialisieren, den Privatbesitz aufheben und die gesamte Mobilmachung aller Männer von 17 bis zu 45 Jahren anordnen. Täglich finden in Madrid neue Erschießungen statt.

Am Freitag soll der 76jährige Herzog von Beragua ständrechtlich erschossen worden sein, der der letzte männliche Nachkomme der Familie von Christoph Columbus gewesen sein soll.

An den Fronten entwickelt sich die Lage immer mehr zugunsten der Nationalisten. Bilbao ist durch Luftstreitkräfte und durch die Flotte heftig bombardiert worden. General Mola hat an die Einwohner der Stadt ein Ultimatum gerichtet und sie aufgefordert, sich innerhalb von 48 Stunden zu ergeben.

Frankreichs Hilfe für Madrid

Der Solidaritätsausschuß der französischen Volksfront, der seit Wochen eine Geldsammlung für die spanischen Marxisten durchführt, veröffentlicht das bisherige Ergebnis. Danach hat die Sammlung des marxistischen Gewerkschaftsverbandes 2 516 780 Franken und die des Solidaritätsausschusses 1 427 254 Franken ergeben. Bei einer Kundgebung der kommunistischen Jugend in Paris zugunsten der spanischen Volksfrontjugend sprach der kommunistische Führer Laitant-Couturier. Er forderte wiederum Waffen für die Madrider Regierung und erklärte u. a., daß Frankreich „die internationalen Bedingungen eines Sieges des Faschismus in Spanien prüfen müsse“. Für Frankreich bestehe die gebieterische Notwendigkeit, diesen Sieg zu verhindern.

Hollands Geschäftsträger abberufen

Die holländische Regierung hat ihren Geschäftsträger Dr. Flaes aus Madrid abberufen. Der Geschäftsträger hat Spanien bereits verlassen. Die Ursache der Abberufung war eine Auseinandersetzung des Geschäftsträgers mit der marxistischen Regierung wegen Verletzung der Exterritorialität der niederländischen Gesandtschaft in Madrid.

Trotz bindender Zusage der spanischen Linksebene, die diplomatischen Rechte der holländischen Gesandtschaft zu achten, hatten am 11. September Beamte der Geheimpolizei ein zur holländischen Gesandtschaft gehörendes Gebäude besetzt und aus ihm eine Reihe von Einrichtungsgegenständen rechtswidrig entwendet. Auf

